

Antrag

der Abgeordneten Andrea Gysi, Heinrich Graf von Einsiedel, Hanns-Peter Hartmann, Dr. Willibald Jacob, Manfred Müller (Berlin), Steffen Tippach, Gerhard Zwerenz, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

NATO-Osterweiterung und Europäische Friedensordnung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die „Charta von Paris für ein neues Europa“ aus dem Jahre 1990 hatte den Weg gewiesen, im Interesse Ost- und Westeuropas und ohne neue Trennlinien solidarische gesamteuropäische Zusammenarbeit zu pflegen und gemeinsame Sicherheit zu gewährleisten. Es bestand die große Chance, die KSZE – heute OSZE – zu einem gesamteuropäisch-transatlantischen Sicherheitssystem fortzuentwickeln. Es waren gerade diejenigen Länder, wie Polen, die damalige Tschechoslowakei und Ungarn, die heute – nicht zuletzt aus Enttäuschung über die westliche Ablehnung dieses Weges – in die NATO aufgenommen werden wollen, die damals für ein solches euro-atlantisches Sicherheitssystem auf der Grundlage der KSZE entsprechende Vorschläge unterbreitet hatten.

Ein solcher Weg der friedens- und sicherheitspolitischen Neuordnung wäre auch im wohlverstandenen Interesse der Bundesrepublik Deutschland, angesichts

- ihrer Lage im Herzen Europas,
- der Erfahrungen aus der Überwindung der deutschen Teilung,
- ihres Interesses an einer gedeihlichen und sicheren Entwicklung ihrer Nachbarn, auch und besonders im Osten des Kontinents, und
- nicht zuletzt aufgrund ihrer historischen Verpflichtung, die sich aus den Verbrechen des Hitlerfaschismus und deutscher militärischer Großmachtpolitik ergeben.

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß der Weg der „Charta von Paris für ein neues Europa“ nicht weitergegangen wurde und sich heute – trotz vieler gegenteiliger verbaler Bekundungen – in der Praxis eine Abwendung von den dort vereinbarten Zielen zu einem Trend der Vorherrschaft des Militärischen und Machtpolitischen in den internationalen Beziehungen

vollzogen hat. Er zeigt sich heute in der Vorherrschaft der NATO, während die OSZE in der politischen Landschaft Europas an den Rand gedrängt wurde.

2. In der politischen Diskussion und den Regierungsaktivitäten werden die Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit gegenwärtig nahezu ausschließlich auf die geplante Osterweiterung der NATO reduziert. Doch: Gemessen an der 1990 in der „Charta für ein neues Europa“ einvernehmlich vertretenen Grundüberzeugung, eine stabile, dauerhafte und ungeteilte Friedens- und Sicherheitsordnung in und für Europa zu errichten, muß die Fortführung und Ausweitung eines im Kalten Krieg gegründeten und so geprägten Militärpakts als kontraproduktiv beurteilt werden.

Neue rhetorische Formeln und Beteuerungen ändern nichts daran, daß die NATO in erster Linie ein Militärbündnis bleibt. Mit der Ausdehnung möglicher Einsatzgebiete der Allianz („out of area“) und mit Strukturänderungen, die eine flexible Arbeitsteilung innerhalb der Allianz anstreben („Combined Joint Task Force“), wird sogar die Ausweitung der militärischen Rolle der NATO betrieben. Die NATO wird mehr und mehr von einer Verteidigungsallianz zu einem Interventionsbündnis entwickelt, das sich ordnungspolitische Funktionen weit über das NATO-Territorium hinaus anmaßt.

Die NATO kann in ihrer jetzigen Gestalt und in der absehbaren Entwicklung nicht die Grundlage der notwendigen neuen Friedensordnung für Europa sein. Sie ist weder in der Lage, die Chancen zu nutzen, die sich für echte partnerschaftliche Zusammenarbeit ergeben, noch ist sie eine Institution für die Bewältigung der anstehenden Risiken und Konflikte. Sie ist als Bündnis kollektiver Verteidigung ohne erkennbaren militärischen Gegner am besten vorbereitet auf Konflikte, die am wenigsten wahrscheinlich geworden sind. Hingegen ist sie allein schon in Anbetracht ihrer strukturellen Voraussetzungen – ob in gegenwärtiger oder erweiterter Form – kaum imstande, Konflikte ökonomischer, sozialer und ethnischer Natur zu bewältigen, vor allem auch innerstaatliche Konflikte, die heute dominieren. Dies gilt selbst für Konflikte innerhalb des NATO-Bereiches, wie der Blick auf das NATO-Mitglied Türkei zeigt.

3. Die Interessen und Wünsche der mittel- und osteuropäischen Staaten nach einer gleichberechtigten Verflechtung mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Westen Europas, nach politischer und kultureller Verbundenheit mit der bisherigen westlichen Welt und nach einem verlässlichen sicherheitspolitischen Rahmen ihrer Entwicklung sind bei der Schaffung einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung weitgehend zu berücksichtigen.

Es muß bezweifelt werden, daß die NATO-Erweiterung die Interessen der mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten befriedigen kann:

- Die Erweiterung öffnet nicht den Weg zu ökonomischer und sozialer Prosperität in diesen Ländern. Sie bringt vielmehr

erhebliche finanzielle Belastungen für die Herstellung der NATO-Kompatibilität.

- Es ist nicht die militärische, sondern die zivile wirtschaftliche, politische, kulturelle Zusammenarbeit, die zu einer neuen Gemeinschaft demokratischer Nationen führen kann.
 - Eine selektive NATO-Erweiterung geht an der Notwendigkeit vorbei, gemeinsame und gleiche Sicherheit für alle OSZE-Staaten zu schaffen; eine Sicherheit, die durch Gleichberechtigung, Mitentscheidung, demokratischen Umgang miteinander, Verzicht auf einseitige Blockbildung von Staaten und Staatengruppierungen gekennzeichnet ist.
4. Der Deutsche Bundestag weist auf die Widersprüche und negativen Folgen hin, die mit der geplanten Osterweiterung der NATO verbunden sind:
- Europa würde erneut sicherheitspolitisch geteilt.
 - Es würden bipolare Machtstrukturen des Kalten Krieges, nur nach Osten an die Grenze Rußlands verschoben, wiedererstehen.
 - Die vorgesehene Ausdehnung wirkt sich bereits heute negativ auf Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge aus und gefährdet den Fortgang der Abrüstung. Die Ratifizierung von START II ist in Frage gestellt; der Prozeß nuklearer Abrüstung gerät ins Stocken; bei den Verhandlungen über eine Anpassung des KSE-Vertrages ist an wirkliche Abrüstung nicht gedacht.
 - Mit der Schaffung neuer Infrastrukturen für schnell verlegbare Großverbände werden neue Rüstungsoptionen eröffnet. Die Konfrontationslogik militärischer Abschreckung droht somit neue Aufrüstungsschübe auszulösen.
 - Rußland muß die Erweiterung der NATO als latente Bedrohung ansehen. Politisch gegenteilige Absichtserklärungen der NATO können diese Wahrnehmung nicht aufheben, denn das Militärpotential der NATO wächst objektiv und wird an die russischen Grenzen herangeführt. Damit werden militärische Sicherheitsfragen in den Beziehungen zwischen Rußland und der NATO wieder in der Vordergrund treten. Die auch vom Westen unterstützten Reformprozesse würden, nicht zuletzt im ökonomischen Bereich, untergraben.
 - Zu erwarten ist – trotz möglicher Nichtstationierung von Atomwaffen auf dem Territorium neuer Mitgliedstaaten – eine Renuklearisierung der Sicherheitspolitik, verbunden mit der Erhöhung der latenten Gefahren nuklearer Potentiale. Außerdem wird der Nichtweiterverbreitungsvertrag unterhöhlt, indem die geltende sog. nukleare Abschreckungsdoktrin der NATO mit ihrer Erstschlagskomponente und der Einsatzdrohung von Atomwaffen als Bestandteil der Sicherheitspolitik auf neue Staaten ausgedehnt wird.

- Für beitretende Länder – die sich NATO-kompatibel machen müssen – entstehen hohe finanzielle und soziale Belastungen, die deren Transformationsprozesse gefährden. Auch jetzige Mitgliedsländer werden hohe Kosten tragen müssen, was immer zu Lasten der Wahrnehmung sozialer Aufgaben geht.

Die Widersprüche und möglichen Wirkungen einer Osterweiterung der NATO wurden ebenso wie Alternativen bisher weder in der deutschen Öffentlichkeit ausreichend diskutiert noch überhaupt im Deutschen Bundestag. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, keine die NATO-Erweiterung vorantreibende politische Vorentscheidung zu treffen, bevor diese Diskussion im Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit stattgefunden hat.

5. Alternativen zur NATO-Erweiterung sind möglich. Sie liegen im Sinne gesamteuropäischer Entwicklung. Sie entsprechen den Interessen von mittel- und osteuropäischen Ländern wie auch der Russischen Föderation und anderer GUS-Staaten an wirtschaftlicher Kooperation mit Westeuropa und den Bedürfnissen nach äußerer Sicherheit.

Sie können

- die Wiederkehr politischer Konfrontation, sicherheitspolitischer Unsicherheit und neuerlichen Wettrüstens ausschließen;
- den Prozeß der konventionellen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung fördern;
- die Renuklearisierung von Sicherheitspolitik verhindern und den Weg atomarer Abrüstung voranbringen;
- der partnerschaftlichen Zusammenarbeit, der wirtschaftlichen und sozialen Prosperität und der Bewältigung der komplizierten Reform- und Transformationsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie Rußlands und der GUS-Staaten dienen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

1. sich im NATO-Bündnis für einen Verzicht auf die NATO-Osterweiterung einzusetzen und statt dessen alternative Wege zur Festigung der gesamteuropäisch-transatlantischen Sicherheit und Zusammenarbeit vorzuschlagen.

Dazu gehört

- die Erarbeitung eines Dokuments (aide mémoire) für die NATO über die Gründe für den Verzicht auf die Erweiterung;
- die Erklärung des Willens der Bundesregierung, von den Plänen der NATO-Ostausdehnung Abstand zu nehmen;
- das Einbringen von Alternativvorschlägen;

2. eine OSZE-Politik umzusetzen, die
 - auf der „Charta für ein neues Europa“ von 1990 sowie den Beschlüssen von Lissabon aufbaut, um die OSZE als Regionalorganisation der UNO zur zentralen Struktur einer europäischen Friedensordnung weiterzuentwickeln;
 - die faktische Unterordnung der OSZE unter die NATO beendet und in allen Fragen europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit den Grundsatz „OSZE first“ verfolgt;
 - die Grundsätze und Beschlüsse der OSZE völkerrechtlich verbindlich macht;
 - die OSZE als Organisation nichtmilitärischer, ziviler Sicherheitsbildung allseitig entwickelt, ihre wirtschaftliche Dimension, das Instrumentarium ziviler Konfliktbewältigung, die Organe zum Schutz der Menschen- und Minderheitenrechte ausbaut, die zivilgesellschaftlichen Grundlagen stärkt und einen kollektiven Sanktionsmechanismus entwickelt;
 - entscheidungsbefugte, demokratisch legitimierte und kontrollierte Organe (wie OSZE-Parlament, OSZE-Exekutive, OSZE-Generalsekretär, OSZE-Sicherheitsrat, OSZE-Schiedsgerichtsbarkeit, OSZE-Polizei-Kontingent, Koordinierungsgremium für die Zusammenarbeit mit anderen regionalen Einrichtungen) schafft bzw. stärkt;
3. Schritte zur Einschränkung der Dominanz der NATO zu unternehmen durch das Engagement für
 - die Beschränkung der NATO auf ihre Verteidigungsfunktion,
 - die Rücknahme der „Out-of-area“-Einsatzdoktrin,
 - die gravierende Absenkung von militärischem Potential und Rüstungsausgaben,
 - die Umstrukturierung von Potentialen und Doktrinen auf Nichtangriffsfähigkeit,
 - den Verzicht auf die atomare Abschreckung,
 - die Überleitung von Aufgaben der Vertrauens- und Sicherheitsbildung zwischen NATO- und Nicht-NATO-Staaten (NATO-Kooperationsrat, Partnerschaft für den Frieden) in den OSZE-Rahmen;
4. Verhandlungen über die Anpassung des KSE-Vertrages nicht unter dem Gesichtspunkt der Kompensation gegenüber Rußland für die geplante NATO-Osterweiterung zu führen, sondern eine umfassende Initiative zur Fortsetzung der konventionellen Rüstungsbegrenzung und Abrüstung im OSZE-Rahmen (als KSE II) zu ergreifen.

Eine solche Initiative muß enthalten:

- eine einseitige Reduzierung der NATO-Staaten bei den Großwaffensystemen lt. KSE-Vertrag (Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge

und Kampfhubschrauber) um ein Drittel in den nächsten 5 Jahren;

- eine drastische Herabsetzung der nationalen Obergrenzen aller OSZE-Staaten bei den genannten Großwaffensystemen;
 - der Verzicht auf die Stationierung fremder Truppen und die Dislozierung militärischer Einrichtungen auf dem Territorium anderer Staaten;
 - Vereinbarungen über eine signifikante, schrittweise Absenkung der Personalstärke der Streitkräfte aller Teilnehmer;
 - Schritte zur defensiven Umstrukturierung der Streitkräfte;
 - die Einbeziehung der Seestreitkräfte und der seegestützten Luftstreitkräfte in eine vertragliche Abrüstungsvereinbarung, wobei den Bereichen Ostsee, Nordsee, Mittelmeer und Schwarzes Meer besondere Bedeutung zukommt;
 - abgestimmte und gemeinsame Maßnahmen der Konversion von Rüstungen und Streitkräften;
 - die Einbeziehung von Elementen präventiver Rüstungskontrolle; dazu gehört die Ausdehnung des bisherigen jährlichen Informationsaustausches (über nationale Verteidigungsplanungen) im OSZE-Rahmen auf Rüstungsproduktion, internationale Rüstungskooperation und wehrtechnische Forschung;
 - Vereinbarungen über die drastische Einschränkung des Rüstungsexportes (auch von Kleinwaffen) und des Verbots des Waffenhandels als Maßnahmen präventiver Konfliktbewältigung;
 - regionale Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen unter dem Aspekt der präventiven Konfliktverhütung in Krisenregionen; darunter die Verringerung präsenter Streitkräfte, die Verringerung aktiver Bestände an Waffen und Ausrüstungen, die Vereinbarung entmilitarisierter Gebiete und streitkräfteverdünnter Zonen, wechselseitige Informationen und Inspektionen und andere vertrauensbildende Maßnahmen;
5. sich als Nichtatomwaffenstaat aktiv einzusetzen für die weitere Denuklearisierung von Sicherheitspolitik und atomare Abrüstung.

Dazu gehören:

- der Verzicht der Atomwaffenstaaten und des NATO-Bündnisses auf die Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium solcher Staaten, in denen Atomwaffen jetzt nicht stationiert sind;
- die Unterstützung und der Einsatz für eine Initiative über die Schaffung einer vertraglich vereinbarten atomwaffenfreien Zone zwischen Baltikum und Schwarzem Meer;

- ein vertragliches Verbot (durch die Kernwaffenmächte der NATO und Rußland) für alle Kernwaffen kürzerer Reichweite in Europa und Abzug aller noch stationierten, einschließlich see- und luftgestützter;
 - der grundsätzliche Verzicht auf eine nukleare Komponente der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP);
 - die Aufhebung aller Doktrinen nuklearer Abschreckung und eines Ersteinsatzes – sowohl seitens der NATO-Staaten wie Rußlands;
 - die Aufnahme des Verzichts auf Besitz, Produktion und Verbreitung von ABC-Waffen in den EU-Vertrag;
 - die Aufnahme des ABC-Waffenverzichts ins Grundgesetz;
6. sich für den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU auf gleichberechtigter Basis und unter Berücksichtigung deren ökonomischer und sozialer Bedingungen einzusetzen. Ein solcher Weg stellt eine politisch-kulturelle sowie wirtschaftliche Einbindung dieser Länder in die zivilen Strukturen des EU-Staatenverbundes dar – Ziele, die diese Länder selbst anstreben; er trägt der Tatsache Rechnung, daß Sicherheit heute vor allem eine ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Dimension hat. Eine Koppelung mit militärischen Integrationsschritten muß ausgeschlossen bleiben.

Dazu ist notwendig:

- eine Korrektur der bisherigen „Heranführungsstrategie“ der EU vorzunehmen; der Beitritt muß – auch unter Berücksichtigung der Erfahrungen bei der deutsche Vereinigung – so gestaltet werden, daß die Volkswirtschaften beitretender Länder nicht unterminiert, sondern stimuliert und soziale Absicherungen gewährleistet werden;
 - die Mitsprache und das Mitwirken der Beitrittsländer auf gleichberechtigter Basis in allen Phasen des Eintritts in die EU zu sichern;
 - die politischen, institutionellen und vertragsrechtlichen Voraussetzungen für einen solchen Weg des Beitritts zu schaffen;
7. aktiv daran mitzuwirken, daß sich über eine Osterweiterung der EU hinaus schrittweise ein gesamteuropäischer Wirtschaftsraum herausbildet, der auch die Russische Föderation, die anderen GUS-Staaten und regionale Kooperationszusammenschlüsse erfaßt.

Bonn, den 12. März 1997

Andrea Gysi
Heinrich Graf von Einsiedel
Hanns-Peter Hartmann
Dr. Willibald Jacob
Manfred Müller (Berlin)

Steffen Tippach
Gerhard Zwerenz
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

1. Eine übergeordnete Aufgabenstellung für die Staaten Europas besteht in der Schaffung einer neuen europäischen Friedensordnung, die einen wirklich gesamteuropäisch-transatlantischen Ansatz verfolgt, auf die Zusammenarbeit einer neuen Gemeinschaft demokratischer Nationen zielt, Gräben und Trennlinien ausschließt, gemeinsame und gleiche Sicherheit bietet.

Die NATO ist ein Produkt der Blockkonfrontation, die nicht mehr existiert. Die Ausdehnung des Einsatzfeldes „out of area“ oder die militärische Umstrukturierung und Umrüstung in der NATO, wie z. B. die Bildung der sog. Combined Joint Task Force, sind kein Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung. Die NATO ist heute einerseits militärisches Verteidigungsbündnis, dem der Feind verlorengegangen ist und andererseits Interventionsbündnis, das sich als weltweite Ordnungsmacht versteht.

2. Die Widersprüche und negativen Folgen einer NATO-Erweiterung sind bisher entweder gar nicht oder zumindest nicht ausreichend erörtert worden. Es sollte nicht unberücksichtigt bleiben, wenn einer der erfahrensten USA-Diplomaten, George F. Kennan, feststellt: „Die Ausweitung der NATO wäre der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Außenpolitik in der gesamten Ära nach dem Kalten Krieg“ und eine Korrektur fordert. Er begründet dies damit, daß die hoffnungsvollen Möglichkeiten nach dem Ende des Kalten Krieges für die Beziehungen mit Rußland zerstört werden und in den Ost-West-Beziehungen die Atmosphäre des Kalten Krieges wiederbelebt würde. Die Erweiterung erschwere es oder mache es gar unmöglich, die Ratifizierung von START II und einen weiteren Abbau der Nuklearwaffen zu erreichen („Die Zeit“, 14. Februar 1997).

Europäische Sicherheit, die nicht – wie in der Vergangenheit – auf antagonistischen gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen und machtpolitischen Gegensätzen beruht, erfordert anstelle eines exklusiven Blocksystems ein in der Perspektive kollektives Sicherheitssystem. Europäische Sicherheit kann nicht gedient werden, wenn gleichzeitig und unvermeidlich durch die NATO-Erweiterung Zonen und Staatengruppen mit unterschiedlicher Sicherheit in Europa geschaffen oder zementiert werden: die „alten“ NATO-Staaten, die „neuen“ Mitglieder mit einem eingeschränkten Status, die außenvorbleibenden Staaten im Osten und Südosten Europas, die ehemaligen neutralen Staaten und schließlich Rußland sowie andere GUS-Staaten und Nachfolgestaaten der UdSSR.

Die NATO-Erweiterungsbefürworter lassen den Widerspruch offen, daß einerseits (zumindest verbal) davon ausgegangen wird, gesamteuropäische Sicherheit sei nicht ohne aktive Beteiligung Rußlands zu verwirklichen, während gleichzeitig als Grund für die Erweiterung angegeben wird, daß die erweiterte NATO Sicherheit vor Rußland sucht.

Die Befürworter der Erweiterung können keinen Nachweis dafür erbringen, daß ein militärisches Verteidigungssystem besser als andere Institutionen – und vor allem die OSZE – in der Lage sei, der spezifischen Natur der realen und potentiellen Konflikte in Europa – politischen, ökonomischen, sozialen, ethnischen – entsprechend zu handeln, zumal die NATO über keinerlei Strukturen und Mechanismen dazu verfügt.

3. Die Forderung nach einer Abkehr vom Erweiterungskurs und dem Beschreiten von Alternativen richtet sich nicht gegen die berechtigten Interessen der mittel- und osteuropäischen Länder, im Gegenteil: Sie will ihnen in einer Weise Geltung verschaffen, die bisher von westlicher Seite abgelehnt, negiert oder verschleppt worden ist.

So darf nicht übersehen werden, daß diese Länder – und vor allem die Beitrittskandidaten der ersten Runde – ihre Verklammerung mit Europa nach der Beseitigung des durch den Kalten Krieg gezogenen „Eisernen Vorhangs“ in einem europäischen Sicherheitssystem sahen, das aus der Weiterentwicklung von KSZE/OSZE hervorgehen sollte. Die heutigen Erweiterungsverfechter tragen in ihrer Mehrheit die Verantwortung dafür, daß dieser Weg blockiert wurde. Für sie ging es darum, der NATO, die mit dem Fortfall ihre Widerpartes, der Warschauer Vertragsorganisation, und dem Zerfall der UdSSR in eine Sinnkrise geriet, eine neue Sinnstiftung zu geben und zum allein bestimmenden Ordnungselement in Europa zu machen.

4. Es ist nicht zu übersehen, daß die gegenwärtige Diskussion der Befürworter der NATO-Erweiterung den Eindruck zu erwecken versucht, als ginge es nur noch um das Aushandeln von Modalitäten. Dabei wird auch darüber hinweggegangen, daß Kritik und Widerstand sowohl in den USA wie in anderen Ländern der Allianz vorhanden sind und der Meinungsbildungsprozeß keinesfalls abgeschlossen ist. Alternativen werden von ihnen nicht einmal im Ansatz in Erwägung gezogen. Dies widerspricht verantwortungsvoller Politik. Die Zukunft der europäischen Sicherheit kann nicht auf einer militärischen Organisation beruhen, weil sie nicht in der Lage ist, den zivilen Interessen der Gesellschaften zu entsprechen. Der Antrag will – ebenso wie unser Antrag „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und Europäischen Friedensordnung“ (Drucksache 13/5800 vom 15. Oktober 1996) – darauf hinwirken, daß die OSZE die sicherheitspolitische Organisation der Zukunft wird, die im Kampf um die Verschiebung der Gewichte weg vom militärischen Denken und Handeln hin zu ziviler Konfliktbearbeitung mehr und mehr an Bedeutung gewinnt.

5. Es besteht kein Zweifel daran, daß der Weg einer Osterweiterung der EU auf beiden Seiten mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Gleichzeitig muß aber auch anerkannt werden, daß unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen die EU ein wesentlicher Faktor sein kann, die Stabilisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen in den Transformationsländern wirkungsvoll zu unterstützen und so jenen Erwartungen zumindest teilweise gerecht zu werden, die diese Länder vor allem mit ihrem Wunsch nach Verflechtung mit den westlichen Strukturen und Einrichtungen verbinden. Dieser schwierige zivile Weg, der erhebliche Veränderungen auch im bisherigen Gang der EU-Integration erfordert, darf nicht durch die Integration in militärische Strukturen ersetzt oder verbaut werden.

